

SCHULZE, ALEXANDER

SOZIOÖKONOMISCHE KONSEQUENZEN DER FERTILITÄT – FOLGEN DER GEBURT VON KINDERN FÜR DEN WOHLSTAND VON PAARHAUSHALTEN

Alexander Schulze, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Soziologie,
schulal@uni-mainz.de

SEKTION FAMILIENSOZIOLOGIE: FAMILIE IN UNSICHEREN ZEITEN: SPIEGELBILD DEMOGRAPHISCHER VERWERFUNGEN ODER ORT FÜR STABILITÄT UND SOLIDARITÄT?

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den kurzfristigen sozioökonomischen Folgen der Geburt von Kindern. Ziel ist es, geburtsbedingte Einkommens- und Wohlstandsrisiken zu identifizieren und ihr Ausmaß gemäß der Ordnungszahl der Kinder in der Geburtenfolge, dem paarbezogenen Erwerbsprofil der Eltern und der Schichtzugehörigkeit der Haushalte zu quantifizieren. Grundlage der hierzu vorgenommenen Analysen sind die Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) der Jahre 1984 bis 2005. Zur Analyse der sozioökonomischen Konsequenzen der Fertilität werden Fixed-Effects-Panelregressionsmodelle benutzt. Als Ergebnis der Arbeit kann festgehalten werden, dass vor allem die Geburt des ersten Kindes ein überproportional hohes Wohlstandsrisiko bedeutet, während die Geburt weiterer Kinder „nur“ noch mit moderaten bis marginalen Wohlstandsrisiken einhergeht. Die ökonomischen Folgen der Geburt sind dabei in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich angewachsen. Darüber hinaus treten geburtsbedingte Einkommensverluste und extreme Wohlstandsverschlechterungen nur in Haushalten mit zwei vor der Geburt erwerbstätigen Eltern auf. Zudem verschlechtern sich die geburtsbedingten Wohlstandsveränderungen sukzessive mit steigendem Einkommensniveau vor der Geburt. Das heißt die „Kosten“ der Geburt steigen mit steigender Schichtzugehörigkeit. Die vorgelegten Ergebnisse decken damit, insbesondere in Bezug auf die Zahlungsmodalitäten der monetären staatlichen Transferleistungen einen erheblichen Modifikationsbedarf auf. Insbesondere die Auszahlung zur Kompensation der geburtsbedingten Bedarfslageneffekte (d. h. das Kindergeld) sollte im Vergleich zur gegenwärtigen Praxis *asymmetrisch* verteilt werden, d. h. deutlich höhere Kindergeldzahlungen für das erste Kind als für das zweite und jedes weitere Kind.